

# Grenzwert-Konflikte

## Mobilfunkgegner warnen vor Elektromog. Betreibern fehlen die Beweise

VON INGOMAR SCHWELZ

Dem wachsenden Widerstand in der Bevölkerung gegen die Errichtung der neuen UMTS-Sendeanlagen wollen die sechs Mobilfunkbetreiber in Deutschland jetzt mit einer groß angelegten Werbekampagne begegnen. „Künftig werden wir neue Standorte für unsere Antennenanlagen zusammen mit den Kommunen und Bürgerinitiativen aussuchen“, kündigte der Leiter des Betreiber-Lobbyvereins „Informationszentrum Mobilfunk“ (IZMF), Immo von Fallois, an.

Das Informationszentrum haben die sechs deutschen Mobilfunkbetreiber T-Mobile, D2-Vodafone, E-Plus, Viag Interkom, Mobilcom und Quam in diesem Jahr in Berlin gegründet. Zusammen hatten die Unternehmen im August 2000 fast 100 Milliarden Mark für die Lizenzen für den neuen Mobilfunkstandard der dritten Generation (UMTS) ausgegeben. Mittlerweile werden die ersten Antennen aufgebaut. Doch weil in der Bevölkerung die Angst wächst, dass von den Mobilfunkstrahlen eine Gesundheitsgefährdung ausgehen könnte, haben es die Mobilfunkbetreiber immer schwerer, Standorte für ihre Antennen zu finden. Die Diskussion um eine mögliche Senkung der Grenzwerte für Elektromog hat zu großer Verunsicherung bei den Unternehmen geführt. Die Einführung niedrigerer Grenzwerte würde für sie nämlich bedeuten, dass sie deutlich mehr Antennen aufstellen müssten, um die gleiche Netzabdeckung zu erreichen. Die Investitionen in die Netze müssten also noch einmal kräftig erhöht werden.

„Der Mobilfunk ist nach dem heutigen Stand der Forschung sicher“, betont der T-Mobile-Sprecher Lothar Weigelt. Die behauptete gesundheitliche Unbedenklichkeit der Handy-Strahlung ist ein Kernpunkt in der jetzt gestarteten fünf Millionen Mark teuren Werbekampagne der Betreiber. „Wir wollen“, kündigt Weigelt an, „mit skeptischen Bürgern ins Gespräch kommen und Ängste vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen abbauen.“ Die Standorte neuer Anlagen sollen zudem bis zum Jahresende mit kommunalen Spitzenverbänden wie dem Deutschen Städtetag abgesprochen werden.

Die Betreiber gehen davon aus, dass in den kommenden vier Jahren neben den bereits bestehenden 50 000 Sendeanlagen weitere 40 000 Anlagen benötigt werden. So sollen bis zum Jahr 2005 dem Lizenzvertrag zufolge 50 Prozent der Deutschen den High-Speed-Standard UMTS nutzen, der eine Übertragung von bis zu zwei Millionen Bits pro Sekunde zulässt und die Welt zum mobilen Dorf machen soll – mobiler Internetzugang inklusive.

Die jetzt eingeläutete offenere Informations- und Planungspolitik der Netzbetreiber kommt nicht von ungefähr: Sie suchen die Kooperation mit ihren Kritikern auch, weil die Proteste gegen die elektromagne-



*VIELE WISSENSCHAFTLER sehen Hinweise dafür, dass elektromagnetische Strahlen gesundheitliche Schäden verursachen. Besonders Kinder seien gefährdet.* Foto: DTAG

tisch strahlenden Masten in den vergangenen Monaten teilweise eskaliert sind. Immer wieder werden Anlagen von militanten Gegnern beschädigt oder zerstört. Der Schaden geht in die Milliarden; Verzögerungen beim Aufbau der Infrastruktur sind längst absehbar. Mit der Politik des Dialogs wollen die Betreiber den Sprengstoff aus dem Konflikt nehmen. „Wir wollen nicht länger behindert werden“, sagt Weigelt, „und nicht weiter um jeden Standort kämpfen.“

Viele Kritiker wollen ihren Widerstand noch verstärken. „Die Wut vieler Menschen wird immer größer“, meint Siegfried Zwenz, der Vorsitzende der „Bürgerwelle e.V.“ In dem Dachverband haben sich zwischen den Nordsee und den Alpen bisher rund 1300 Bürgerinitiativen zum Schutz vor Elektromog zusammengeschlossen. Im letzten Jahr verhinderte der Verband eigenen Angaben zufolge den Bau von 300 Sendeanlagen.

Wie Pilze wachsen inzwischen die Protestgruppen aus dem Boden: Ihre Zahl ist Zwenz zufolge auf insgesamt 11 000 gestiegen. Viele fordern die Senkung der Grenzwerte für Elektromog um ein Millionenfaches und die Einsetzung einer von der Industrie unabhängigen Forschung.

Die Gefahr durch die gepulste Mikrowellenstrahlung für Tier und Mensch ist für die Protestbewegung kaum mehr wegzudiskutieren. Nicht nur für den Heilpraktiker Zwenz haben unabhängige Untersuchungen den Zusammenhang zwischen den elektromagnetischen Handy-Wellen und dem Entstehen von Krankheiten wie Herzrhythmusstörungen, Erbgutschäden oder Krebs belegt. Auch die Bundesärztekammer sieht eine gesundheitliche Gefährdung durch die zurzeit rund 55 Millionen Funktelefone in Deutschland. „Es gibt gewichtige Hinweise für Schäden durch Mobilfunkstrahlung“, betont Heyo Eckel, der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Umwelt. Er halte es für sorglos, wenn an den bestehenden Grenzwerten festgehalten werde. „Die Behörden sind dringend aufgefordert, sich mit den wissenschaftlichen Ergebnissen auseinanderzusetzen.“

Viele Wissenschaftler kritisieren, dass die bestehenden Grenzwerte nur die thermischen Wirkungen der Handy-Strahlung berücksichtigten. Neben dem Schutz vor dem Hitzestress komme es aber vor allem auf die Abwehr der nichtthermischen Energie an, die die Gehirnzellen in Schwingung versetzt und die dafür bekannt ist, den Gehirnrythmus zu beeinflussen. Besonders Kinder seien gefährdet.

Schon geringste elektromagnetische Felder haben nach Angaben von Günter Käs von der Universität der Bundeswehr in Neubiberg Auswirkungen auf biologische Vorgänge wie die Signalübertragung im Körper. „Die Effekte sind weit stärker als die meisten auch nur ahnen“, meint der Radarmesstechniker. In diesen Zusammenhang fällt auch eine Untersuchung an der schwedischen Universität Lund, wonach Mobilfunkstrahlen die Blut-Hirn-Schranke öffnen. Gifte könnten so leichter ins Gehirn eindringen. Selbst bei Leistungen, die 20 000-fach unter denen eines Handys liegen würden, versage bereits die Blut-Hirn-Schranke, glauben die Forscher.

Für die Mobilfunkbetreiber fehlen jedoch bislang die Beweise für eine Handy-Schädlichkeit. Mehr als 3000 Studien haben nach ihren Aussagen weder Gefahren belegen noch ausschließen können. Weitere Forschungen freilich seien angesichts der komplexen Forschungslage nötig. „Bisher jedenfalls“, sagt IZMF-Leiter Immo von Fallois, „sehen wir kein gesundheitliches Risiko.“

@ Weitere Informationen im Internet:  
[www.izmf.de](http://www.izmf.de), [www.buergerwelle.de](http://www.buergerwelle.de)